

Rede von

Renate Geuter MdL

zur Aktuellen Stunde 2a), Antrag der Fraktion der CDU:

**„Keine Taschenspielertricks in der Bildung –
Frei werdende Mittel im Hochschuletat
belassen“**

während der Plenarsitzung vom 25.06.2014
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

eine nachhaltige Bildungsfinanzierung braucht eine verlässliche Perspektive und nicht – wie zurzeit bei den Oppositionsfraktionen – ein Strohfeuer an zusätzlichen bildungspolitischen Forderungen ohne belastbare Gegenfinanzierung.

Oder – wie wir es bei den Haushaltsanträgen der Opposition erlebt haben – die Gegenfinanzierung laufender Maßnahmen teilweise durch finanzwirksame Einmaleffekte (Vermögensveräußerungen) oder sogar durch die Inanspruchnahme intensiver Mittel.

Es zeigt: Mit finanzpolitischen Taschenspielertricks kennen Sie sich aus, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion.

„Die Länder und Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Schulen und Hochschulen“ – so steht es in der Regierungsvereinbarung von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene. Damit sie diese Aufgaben besser bewältigen können, werden die Länder in der laufenden Legislaturperiode in Höhe von sechs Milliarden Euro entlastet.

Die jetzt erzielte Einigung, dass der Bund als Teil der konkreten Umsetzung dieser Zusage die Kosten für das BAföG um 100 % übernimmt, eröffnet auch Niedersachsen die Möglichkeit für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen im Bildungsbereich. Dazu hat auch die Bundeskanzlerin die Länder aufgefordert.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, ich hätte es kaum für möglich gehalten, dass ich Ihnen – nicht zum ersten Mal – nur dringend empfehlen kann, die Aussagen Ihrer Bundeskanzlerin ernst zu nehmen. Frau Merkel hat nämlich zu Recht darauf hingewiesen, dass der Bund den Ländern nicht direkt vorschreiben kann, wie sie die Mittel verwenden können. Frau Merkel hat erklärt, dass sie den Ländern vertraue, dass die Mittel richtig eingesetzt werden, denn die Länder kennen – so die Bundeskanzlerin – die Prioritäten vor Ort.

Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, warum vertrauen Sie Ihrer eigenen Bundeskanzlerin so wenig?

Meine Damen und Herren der Opposition, zehn Jahre lang hat sich die schwarz-gelbe Landesregierung jeglicher Diskussion über eine qualitative Verbesserung im Bereich der frühkindlichen Bildung verweigert. Daher können Sie mit Ihrem Versuch, sich jetzt an die Spitze der Bewegung setzen zu wollen, auch nur scheitern.

Sie fordern nicht nur den Einstieg in die Finanzierung der dritten Krippenkraft schon in 2014, sondern

- einen Stufenplan im Bereich der Qualitätsverbesserung bei Kitas und Krippen und im Bereich der Bildung darüber hinaus
- die Wahlfreiheit im Bereich G 8 und G 9
- die Kompensation der wegfallenden BuT-Mittel für die Schulsozialarbeit
- personelle Verbesserungen für die niedersächsischen Grundschulen
- konkrete finanzielle Zusagen an die Kommunen im Bereich der schulischen Inklusion
- (nur aktuelle Beispiele – nicht abschließend)

Anrede,

abgesehen davon, dass Sie die Antwort dazu schuldig bleiben, weshalb Sie diese Herausforderungen nicht bereits während Ihrer Regierungszeit angenommen haben, sind Sie bemerkenswert still, wenn es um das Thema der Gegenfinanzierung geht.

Und damit nicht genug: Auch im Bereich der Einnahmen des Landes überbieten Sie sich an populistischen Vorschlägen:

- Sie fordern den Abbau der sog. Kalten Progression ohne jegliche Gegenfinanzierung.
- Sie verweigern sich jeglicher Diskussion über die Verbesserung der Gebühreneinnahmen wie sie vom LRH mehrfach eindringlich gefordert wurde.
- Sie fordern aktuell einen Nachtragshaushalt mit dem Ziel der Rückführung der Kreditaufnahme.
- Vorfestlegung im Bereich des Solidaritätszuschlages
- (nicht abschließend)

Anrede,

wer sich mit Anträgen für zusätzliche finanzwirksame Maßnahmen – nicht nur für die Ebene der Bildung – überbieten möchte, gleichzeitig aber für weitere Einschnitte im Bereich der Einnahmen kämpft, der hat die Ebene der Taschenspielertricks bereits verlassen und die der finanzpolitischen Hasardeure erreicht – und ist damit zu Recht in der Opposition.

Meine Damen und Herren, die Absichtserklärungen des Bundes zur Komplettübernahme der BAföG-Kosten sind noch in konkrete Regelungen umzusetzen. Die daraus für

Niedersachsen entstehenden finanziellen Handlungsspielräume werden wir – im Sinne von Frau Merkel – für nachhaltige bildungspolitische Zukunftsaufgaben nutzen – und Priorität hat für uns dann die qualitative Verbesserung im Bereich der frühkindlichen Bildung.